

1 **Umwelt**

2

3 Der Schutz und die Bewahrung der natürlichen Schöpfung erhält unsere elementare Lebensgrundlage
4 und ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen. Umweltschutz ist für uns eine Investi-
5 tion in Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben.

6 **Nachhaltigkeit**

7 Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist grundlegendes Ziel und Maßstab unseres Regie-
8 rungshandelns. Dies gilt insbesondere für eine Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung der
9 Vereinten Nationen. Wir werden uns für eine Stärkung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie
10 einsetzen. Wir verstärken die Nachhaltigkeitsziele und setzen sie mit Maßnahmen um, wie etwa im
11 öffentlichen Beschaffungswesen. Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigkeit“ in allen Bildungsbereichen
12 stärker verankern. Wir beziehen die Ergebnisse der Enquêtekommision „Wachstum, Wohlstand,
13 Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages ein. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Ent-
14 wicklung wird erneut eingesetzt und in seiner Funktion gestärkt. Die ressortübergreifende Koordinie-
15 rung wird ausgebaut. Im Subventionsbericht der Bundesregierung werden wir stärker überprüfen, ob
16 die Maßnahmen nachhaltig sind.

17 **Umwelt und Wirtschaft**

18 Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourceneffizienz bieten Wachstumschancen.
19 Wir starten eine „Exportinitiative für Umwelttechnologien“. Wir zeigen neue Berufs- und Qualifikati-
20 onsanforderungen auch im Rahmen der dualen Ausbildung auf. Wir erarbeiten ein integriertes um-
21 fassendes Umweltprogramm der Bundesregierung mit der Perspektive 2030, das langfristige Ziele
22 und Schwerpunkte formuliert. Um die Innovations- und Umweltpolitik ressortübergreifend zu ver-
23 zehnen, entwickelt die Bundesregierung den „Masterplan Umwelttechnologien“ fort und stellt einen
24 Aktionsplan für Öko-Innovationen auf, der den Eco-Innovation Action Plan der EU national unterlegt.

25 **Naturschutz und biologische Vielfalt**

26 Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Wir werden die nati-
27 onale Biodiversitätsstrategie umsetzen. Wir werden das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000
28 ha erweitern und hierfür Flächen, die aus der militärischen Nutzung genommen werden, von der
29 Privatisierung ausnehmen und an interessierte Länder, Umweltverbände oder -stiftungen übertra-
30 gen. Damit wollen wir auch dem „2%-Wildnis-Ziel“ bis 2020 bzw. dem „5%-Ziel-natürliche Wald-
31 entwicklung“ näher kommen. Hierfür wird eine neue Finanzierungsbasis geschaffen. Wir stärken das
32 „Bundesprogramm Wiedervernetzung“ und stocken die Mittel, die im Rahmen von Bau, Unterhal-
33 tung und Betrieb von Bundesfernstraßen in den Bau von Grünbrücken investiert werden, auf. Das
34 Förderprogramm „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ bauen wir aus. Wir werden uns für eine
35 „Alpenstrategie“ einsetzen. Das Nagoya-Protokoll wird schnellstmöglich ratifiziert und umgesetzt. Die
36 Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz halten wir ein und setzen uns international für
37 weitere Aufstockungen ein. Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau von Wäldern und
38 Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung ein. Den REDD+ Mechanismus
39 der Klimarahmenkonvention entwickeln wir weiter. Wir verbessern den Wildtierschutz und gehen
40 gegen Wilderei sowie den illegalen Wildtierhandel und deren Produkte vor; Handel mit und private
41 Haltung von exotischen und Wildtieren regeln wir bundeseinheitlich. Import von Wildfängen soll
42 grundsätzlich verboten und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere untersagt werden. Wir sorgen
43 gemeinsam mit anderen Staaten für einen besseren Vogelschutz entlang der Zugrouten.

44 **Bodenschutz**

45 „Gebrauchen aber nicht verbrauchen“ ist unser Prinzip beim Umgang mit der begrenzten Ressource
46 Boden. Die Flächeninanspruchnahme wollen wir bundesweit auf höchstens 30 ha pro Tag bis 2020
47 begrenzen. Hierfür begleiten wir den Modellversuch zum Handel mit Flächenzertifikaten, entwickeln
48 Planungsinstrumente weiter und achten auf Demografiefestigkeit. Wir streben eine Novelle des

49 Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine unterirdische
50 Raumplanung an.

51 **SPD: Wir wollen den Schutz der Böden auf EU-Ebene voranbringen.**

52 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

53 **Hochwasserschutz**

54 Wir müssen den Flüssen wieder mehr Raum geben. Das nationale Hochwasserschutzprogramm trei-
55 ben wir voran, berücksichtigen die Chancen der Entwicklung von Flussauen unter Naturschutzaspek-
56 ten und sorgen für einen fairen Ausgleich mit Interessen der Landwirtschaft.

57 Wir werden bis Ende 2014 mit den Bundesländern ein Nationales Hochwasserschutzprogramm unter
58 Koordinierung des Bundes erarbeiten. Schwerpunkt sind überregionale Maßnahmen für präventiven
59 Hochwasserschutz. Es wird ein Sonderrahmenplan „Präventiver Hochwasserschutz“ aufgelegt. Die
60 Rahmenbedingungen für eine Elementarschadensversicherung werden geprüft. Wir legen ein Bunde-
61 sprogramm „Blaues Band“ auf, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen zu fördern, und
62 ein „Bundekonzept Grüne Infrastruktur“ als Entscheidungsgrundlage für Planungen des Bundes vor.

63 **Wasser**

64 Wir verstärken den Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen und gestalten
65 rechtliche Grundlagen so, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir werden aus der Klär-
66 schlammausbringung zu Düngezwecken aussteigen. Das setzt die Rückgewinnung von Phosphor und
67 anderen Nährstoffen voraus. Die bundeseinheitliche Regelung des Umgangs mit wassergefährden-
68 den Stoffen setzen wir zügig um.

69 Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für Hochseegebiete und für Verhandlungen zu einem inter-
70 nationalen Durchführungsübereinkommen ein. Wir setzen die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie
71 um und wollen den guten Umweltzustand in den deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020
72 erreichen. Dazu gehört die Ausweisung von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung, klare
73 Regeln für Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung aus großen Tiefen. Wir verankern für die zehn
74 Natura-2000-Gebiete in der deutschen AWZ ein Fischereimanagement, um die Schutzziele zu errei-
75 chen. Wir unterstützen die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere, insbeson-
76 dere durch Plastikeinträge. Wir unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Ant-
77 arktis. Die Haftungsregeln zum Antarktischutzprotokoll ratifizieren wir und setzen sie inner-
78 staatlich um.

79 **Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft**

80 Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen unabdingbar. Wir
81 wollen die beschlossene Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 erreichen.
82 Deshalb entwickeln wir das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm weiter, etablieren eine Platt-
83 form für Ressourceneffizienz und bauen das VDI Zentrum für Ressourceneffizienz zu einer „Agentur
84 für Ressourceneffizienz“ aus.

85 Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoff-
86 stromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsna-
87 hen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten,
88 Wettbewerb und Produktverantwortung werden wir als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirt-
89 schaft festigen. Wir setzen die Europäische Elektroaltgeräte richtlinie zügig in nationales Recht um,
90 erhöhen Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott, bauen Rücknahmesysteme für wieder-
91 verwendbare Produkte aus und erleichtern die Rückgabe von Gebrauchsgütern. Beim Recycling von
92 Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik sind Datensicherheit und -schutz zu ge-
93 währleisten. Zur Eindämmung der illegalen Ausfuhr von Elektroschrott erfolgt eine Beweislastum-
94 kehr. Künftig muss der Exporteur nachweisen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

95 **Umwelt und Gesundheit**

96 Wir werden dem Themenfeld Umwelt und Gesundheit besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir wol-
97 len die Lärmbelastigung reduzieren. Denn Lärm ist auch gesundheitsschädlich. Das freiwillige Lärm-
98 sanierungsprogramm für Bestandsstrecken bauen wir aus und sichern es rechtlich ab. Der Gesamt-
99 lärm von Straße und Schiene muss als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden.
100 Der Stand der Technik zur Geräuschminderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden.
101 Dazu werden wir verkehrsrechtliche Instrumente weiterentwickeln sowie Anreize setzen. Den Schie-
102 nenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren. Ab diesem Zeitpunkt sollen laute Güterwa-
103 gons auf dem deutschen Schienennetz nicht mehr fahren dürfen. Wir werden den Stand der Umrüs-
104 tung 2016 evaluieren. Die Umrüstung von Güterwagons auf „Flüsterbremsen“ im Rahmen der lärm-
105 abhängigen Trassenpreise wird forciert und rechtlich abgesichert. Zusammen mit gespreizten Tras-
106 senpreisen wird die Umrüstung mit Finanzmitteln aus dem lärmabhängigen Trassenpreisaufkommen
107 und dem Bundeshaushalt gefördert und die Förderung degressiv ausgestaltet. Zur Verringerung des
108 Bahnlärms führen wir ein Bahnlärm-Monitoring ein.

109 Wir wollen den Schutz vor Fluglärm verbessern. Wir erreichen das u.a. durch nach Lärm gestaffelte
110 Flughafengebühren und ein nationales Flughafenkonzept mit räumlicher Steuerung von An- und Ab-
111 flügen. Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen sind im Luftverkehrsrecht so zu regeln, dass im Einzel-
112 fall eine angemessene Abwägung aller Belange stattfindet. Bei Festlegung von Flugverfahren und
113 Flugverkehrskontrollfreigaben verbessern wir den Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden.
114 Wir schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der Kommunen und Öffentlichkeit bei der
115 Festlegung von Flugrouten. Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch
116 technische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden.

117 **SPD: Wir werden die steuerliche Begünstigung von Flugbenzin bei Verwendung im Inland beenden.**

118 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

119 Wir wollen die Luftqualität verbessern, Schadstoffe bereits an der Quelle mit innovativen Techniken
120 reduzieren und dazu die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge weiter
121 fördern.

122 Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, wollen wir in allen Verpackungsmit-
123 teln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich vermeiden. Wir wollen zu einem nachhalti-
124 gen globalen Chemikalienmanagement beitragen.

125 Wir sorgen dafür, dass Stoffe bzw. Stoffgruppen wie endokrine Disruptoren, atemwegs- und haut-
126 sensibilisierende und toxische Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führt, anhand wis-
127 senschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien kontinuierlich in die Kandidatenliste unter
128 REACH eingenommen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomaterialien ist verstärkt wei-
129 terzuführen.

130 Wir werden den Schutz von Lebensmitteln vor Umweltkontaminanten weiter verbessern. Wir wer-
131 den gesundheitliche Gefahren, die von Schädlingen auf Menschen, Flora und Fauna ausgehen, auf
132 umweltverträgliche Art und Weise abwehren und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung beachten.
133 Wir prüfen, wie der Schutz der Menschen vor nichtionisierender Strahlung, z.B. Ultraschall und Laser,
134 und vor elektromagnetischen Feldern verbessert werden kann.

135 **Bürgerbeteiligung**

136 Die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen werden wir
137 stärken, ohne die zügige Umsetzung von Planungsvorhaben zu gefährden. Wir wollen neue Partizipa-
138 tionsformen. Wir entwickeln das Umweltinformationsgesetz und die umweltrechtliche Verbandskla-
139 ge im Einklang mit dem Völker- und Europarecht weiter. Wir richten eine Dialogplattform Natur-
140 schutz und Energiewende ein.

141 **Atom**

142 Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Spätestens 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in
143 Deutschland abgeschaltet. Auch auf europäischer Ebene werden wir weiter für die Energiewende
144 werben.

145 **SPD: Deshalb wird die Koalition auch keine Hermesbürgschaften für den Bau von Kernkraftwerken**
146 **erteilen.**

147 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

148 Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland ist bis zum letzten Betriebstag zu gewährleisten.
149 Deshalb sind weiterhin Investitionen in die Anlagen und fachkundiges Personal bei Betreibern, Be-
150 hörden und Sachverständigen erforderlich. Der Schutz der Kraftwerke und Abfalllager vor Sabotage-
151 und Terrorakten ist auf rechtssicherer Grundlage sicherzustellen.

152 In Europa wollen wir aktiv daran mitwirken, die Sicherheit der Kernkraftwerke zu erhöhen. Wir treten
153 für verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein System wechselseitiger Kontrolle bei fortbeste-
154 hender nationaler Verantwortung für die Sicherheit ein.

155 Wir erwarten von den Kernkraftwerksbetreibern ihre Mitwirkung an der Energiewende und die
156 Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die geordnete Beendigung der Kernenergienutzung. Unser
157 Ziel ist es damit, in Deutschland die Sicherheit des Restbetriebs der Kernkraftwerke und ihrer Entsor-
158 gung auch finanziell zu sichern und sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu finden. Zur
159 Sicherstellung der Finanzierung der nuklearen Entsorgung könnte ein öffentlich-rechtlicher Fonds in
160 Betracht kommen.

161 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für umfassende Transparenz in allen sicherheitsrelevan-
162 ten Fragen ein.

163 **SPD: Der Bund schafft eine gemeinsame Datenplattform, in der alle nationalen und internationalen**
164 **Daten von Bund und Ländern, die die Sicherheit der Anlagen und ihren Betrieb betreffen, für die**
165 **Atomaufsichtsbehörden zugriffsfähig zur Verfügung stehen.**

166 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

167 Nach unserer Überzeugung ist die Unabhängigkeit der Atomaufsicht in Deutschland gewährleistet
168 und bedarf keiner Änderung der geltenden Regelungen.

169 Deutschland will auf die internationale Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher brauchen wir
170 auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte Forschungseinrichtungen, unabhängige
171 Sachverständigeninstitutionen und ausreichende behördliche Fachkompetenz zur Beurteilung der
172 Sicherheit von Kernkraftwerken und ihres Rückbaus, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsor-
173 gung.

174 Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen lösen. Deswe-
175 gen werden wir die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung des Endlagers Morsleben
176 vorantreiben und die Voraussetzungen schaffen, damit die Voraussetzungen für die Rückholung der
177 Abfälle aus der Schachanlage Asse II schaffen.

178 **SPD: Das Asse-Gesetz wird 2015 in Hinblick auf die beabsichtigten Wirkungen evaluiert.**

179 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

180 Die Entsorgungs-Richtlinie (Euratom) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zügig um.

181 **CDU/CSU: Die Koalition wird das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung nach den Vorgaben der**
182 **EU als neue Aufsichtsbehörde einrichten, die bestehenden Organisationsstrukturen im Endlagerbe-**
183 **reich auf ihre Effizienz überprüfen und auch von der Möglichkeit der Beilehung Gebrauch machen.**

184 **SPD: Ablehnung der Forderung.**

185 **SPD: Ein Rahmenbetriebsplan ist zur Offenhaltung des bisherigen Erkundungsbergwerks „Gorle-**
186 **ben“ nicht erforderlich. Daher wird die entsprechende Klage vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg**
187 **zurückgenommen.**

188 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

189 Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Abschluss der Kommis-
190 sionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.

191 **SPD: Wir gewährleisten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen**
192 **Anlagen von den Verursachern getragen wird. Die Kernbrennstoffsteuer wird entfristet und der**
193 **Steuersatz wird um 30% erhöht.**

194 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

195 Der radiologische Notfallschutz zur Bewältigung von Katastrophen in kerntechnischen Anlagen wird
196 auf Grundlage der Erfahrungen von Fukushima konzeptionell anpasst.

197 **Klimaschutz**

198 Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. Unseren Verpflichtun-
199 gen bei der globalen Umweltschutzfinanzierung werden wir nachkommen und die Ausgaben für die
200 internationale Klimafinanzierung schrittweise steigern. Wir werden Klimaschutz und den Ausbau
201 erneuerbarer Energien weltweit durch Kooperationen und Programme mit anderen Staaten, insbe-
202 sondere Schwellen- und Entwicklungsländern, voranbringen und die Internationale Klimaschutzinitia-
203 tive ausbauen.

204 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU ihre Treibhausgase bis 2020 um mindestens 30 % und bis 2030
205 um mindestens 40 % vermindert. Im Rahmen des EU-Klima- und Energiepaketes 2030 setzen wir uns
206 für eine Zieltrias aus Treibhausgasminderung, Ausbau der Erneuerbaren Energien und Steigerung der
207 Energieeffizienz ein.

208 Deutschland wird seine Emissionen um 40 % bis 2020 und 80 bis 95 % bis 2050 reduzieren. Insbeson-
209 dere Kommunen, Handwerk und Mittelstand wollen wir beim Klimaschutz unterstützen und hierfür
210 die Nationale Klimaschutzinitiative stärken und verlässlich finanzieren.

211 **SPD: Strukturelle Reform des Emissionshandels.**

212 **SPD: Einführung eines Klimaschutzgesetzes.**

213 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderungen.**

214 **Strittig: CO₂-Grenzwerte Pkw.**

215

216 **Landwirtschaft**

217

218 Ziel der Koalition ist eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft,
219 die ressourcen- und umweltschonend produziert, die Tierwohl, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfä-
220 higkeit miteinander verbindet. Leitbild ist eine von landwirtschaftlichen Familien getragene, regional
221 verankerte, flächendeckende Landwirtschaft unterschiedlicher Strukturen und Produktionsweisen.
222 Sie trägt zur Wertschöpfung, gut bezahlter Arbeit und sicheren Einkommen in den ländlichen Räu-
223 men bei.

224 **Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

225 Die Koalition nimmt den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 5.11.2013 zur nationalen Umset-
226 zung der GAP zur Kenntnis. [Eine Erhöhung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küsten-
227 schutz (GAK) um jährlich 200 Mio. Euro ist für eine Stärkung der ländlichen Entwicklung zielführend.
228 Sie ist finanziell gesondert zu betrachten.]

229 Mit der nationalen Umsetzung der GAP wollen wir besonders die wirtschaftliche, soziale und ökologi-
230 sche Entwicklung ländlicher Räume fördern und sie für die in ihnen lebenden und arbeitenden Men-
231 schen attraktiv machen. Die GAK wird zu einer „Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ wei-
232 terentwickelt, auch um die Fördermöglichkeiten des ELER umfassend nutzen zu können. Für eine
233 integrierte Entwicklung ländlicher Räume ist es notwendig, Ressortzuständigkeiten besser zu koordi-
234 nieren. Innerhalb der Bundesregierung wird ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und
235 Daseinsvorsorge gebildet.

236 **Wertschöpfung und Innovation im Agrarbereich**

237 Die Koalition wird politisch relevante Forschungsaufgaben im Agrarbereich bündeln und die beste-
238 henden Programme besser verzahnen. Insbesondere gilt es, die Forschung in den Bereichen Tier-
239 wohl, nachhaltige Pflanzenschutzverfahren, Eiweißstrategie und klimaschonende Landwirtschaft zu
240 stärken. Die Arbeit der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) wird unterstützt und verstetigt. Die
241 Koalition wird dafür sorgen, dass europäische Forschungsförderungsprogramme in Deutschland ziel-
242 gerichteter koordiniert werden.

243 Die Vermarktung regionaler Produkte wird ausgebaut. Das bundesweit einheitliche „Regionalfenster“
244 zur Kennzeichnung regionaler Produkte wird innerhalb der Legislaturperiode evaluiert. Auf dieser
245 Grundlage werden gegebenenfalls verbindliche Kriterien festgelegt.

246 Das Bundesprogramm „Ökolandbau und andere nachhaltige Formen der Landwirtschaft“ wird ver-
247 stetigt.

248 Um die behördliche Überprüfung der agrarwirtschaftlichen Exporte hinsichtlich Einhaltung der inter-
249 nationalen Standards sowie spezieller Anforderungen einzelner Drittstaaten zu verbessern, wird dem
250 Bund eine koordinierende Funktion zugewiesen. Die Exportkompetenz des BMELV wird gestärkt.

251 Bis zu einer erfolgreichen Einigung bei den WTO-Verhandlungen setzen wir auf den Abschluss bi- und
252 multilateraler Handelsabkommen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die verbindliche Einhaltung der
253 hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier und Umweltschutz.

254 **Milch**

255 Die Bundesregierung setzt den Kurs der Marktausrichtung fort. Sie setzt weiterhin auf ein wirksames
256 und verlässliches Sicherheitsnetz der EU.

257 **Steuern in der Landwirtschaft**

258 Die Koalition wird eine Risikoausgleichsrücklage für Betriebe der Landwirtschaft und des Gartenbaus
259 einführen. Diese wird so ausgestaltet, dass es nicht zu einer Vernichtung von Steuersubstrat kommt.

260 **CDU/CSU: Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden wir die Förderung des Agrardiesels in**
261 **der jetzigen Form beibehalten und streben eine einheitliche europäische Regelung über die Ener-**
262 **giesteuerrichtlinie an.**

263 **SPD: Die Agrardieselbeihilfe wird nicht weitergeführt und die freiwerdenden Mittel werden u.a. für**
264 **eine Strategie zum verstärkten Einsatz reiner Pflanzenöle in der Land- und Forstwirtschaft einge-**
265 **setzt.**

266 **Außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren und Flächenprivatisierung**

267 Die Koalition wird die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mittelbaren
268 Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und überregionale Investoren
269 prüfen.

270 Die laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind zügig zu einem Ergebnis zu führen,
271 mit dem Ziel den interessierten Ländern die noch in der Hoheit des Bundes verbliebenen Treuhand-
272 flächen unverzüglich zu übertragen. Die Länder haben damit die Möglichkeit, ein Existenzgründungs-
273 programm unter anderem für Junglandwirte zu etablieren.

274 Die Übertragungsbedingungen sind so zu gestalten, dass sie den spezifischen agrarstrukturellen,
275 umweltpolitischen sowie verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bedingungen gerecht werden.

276 **SPD: Bei der Übertragung werden die Bodenpreisrichtwerte in den Landkreisen als Grundlage be-**
277 **rücksichtigt.**

278 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

279 **Agrarsoziale Sicherung**

280 Die Koalition wird die Reform der Agrarsozialversicherung zügig fortsetzen. Dabei wird die Hofabga-
281 beklausel neu gestaltet.

282 **Tierschutz und Tiergesundheit**

283 Die Koalition nimmt die kritische Diskussion zur Tierhaltung in der Gesellschaft auf und entwickelt
284 eine nationale Tierwohl-Offensive. Die Bundesregierung wird die relevanten Rechtsbereiche – das
285 Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht – sinnvoll in einem einheitlichen Rechtsrahmen
286 zusammenführen. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung des Antibiotika-Einsatzes werden unbü-
287 rokratisch und praxisnah umgesetzt. Wir werden die Sachkunde der Tierhalter fördern. Gleichzeitig
288 erarbeiten wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Ziel
289 ist es außerdem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen.

290 Die Bundesregierung strebt eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Ziel ist es, eine tiergerechte
291 Haltung in Deutschland zu fördern. Die Koalition wird überdies einen wissenschaftlichen Diskurs über
292 Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren auf den Weg bringen.

293 Die Koalition wird gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Initiative ergreifen, um das
294 Problem überfüllter Tierheime anzugehen.

295 Die Erforschung von Ersatzmethoden zum Tierversuch wird intensiviert und dafür die personelle und
296 finanzielle Ausstattung der ZEBET gestärkt.

297 **SPD: Die Koalition wird ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einführen.**

298 **CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.**

299 **Ethik und Landwirtschaft**

300 Die Koalition tritt auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens von Tieren und des Imports von
301 geklonten Tieren und Fleisch von diesen ein. Sie strebt eine Kennzeichnungspflicht für Nachkommen
302 von geklonten Tieren und Fleisch von diesen an.

303 Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das bestehende Patentierungsverbot auf konventionelle Züch-
304 tungsverfahren, daraus gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ih-
305 rer Erzeugung bestimmte Material durchgesetzt wird und die einschlägigen europäischen Vorschrif-
306 ten präzisiert werden.

307 **Grüne Gentechnik**

308 Die Koalitionspartner erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen
309 Gentechnik an.

310 **Strittig: Wir lehnen dementsprechend den Anbau, die Freisetzung und die Zulassung gentechnisch**
311 **veränderter Sorten in Deutschland und Europa im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ab. Über**
312 **eine gegebenenfalls auf EU-Ebene ermöglichte opt-out-Klausel wird gesondert entschieden.**

313 Damit die Menschen wirklich die Wahl haben, treten wir für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Pro-
314 dukte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegen-
315 über nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln hält die Koalition
316 fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit.

317 **Fischerei**

318 Die Koalition will die traditionelle, arbeitsintensive, Kleine Küstenfischerei unterstützen und die Bin-
319 nenfischerei stärken. Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wird in Deutschland im Sinne der
320 Ressourcenschonung und des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der Fischerei umgesetzt. Besonderen
321 Wert legt die Bundesregierung auf den Schutz der Meeresböden und Bestände sowie die Weiterent-
322 wicklung der Fangtechnik und Fangmethoden mit dem Ziel der Beifangminderung.

323 Die Bundesregierung wird sich weiterhin für ein konsequentes Verbot des Walfangs sowie ein Han-
324 delsverbot mit Walfleisch einsetzen.

325 **Flächenschutz**

326 Wir wollen den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen weitestgehend vermeiden. Die Koalition
327 strebt deshalb den unverzüglichen Erlass einer Bundeskompensationsverordnung an. Im Rahmen des
328 für die Energiewende notwendigen Netzausbaus streben wir faire Entschädigungen für Grundstücks-
329 eigentümer und -nutzer an. Auch bei anderen Maßnahmen müssen agrarstrukturelle Belange ange-
330 messen berücksichtigt werden.

331 Die Koalition wird ein Gesamtkonzept für Anbau, Verarbeitung und Nutzung von Biomasse unter
332 bioökonomischen Gesichtspunkten entwickeln. Dabei soll deren Einsatz einen sinnvollen Beitrag zum
333 CO₂-Minderungsziel leisten und Nutzungskonkurrenzen mit dem Arten- und Naturschutz entschärft
334 werden.

335 **Umwelt**

336 Die Koalition wird das Düngegesetz und die Düngeverordnung novellieren.

337 Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist auf das notwendige Maß zu reduzieren, um Risiken für
338 Mensch, Tier und Naturhaushalt abzuwehren. Die Koalition wird den Nationalen Aktionsplan Pflan-
339 zenschutz entschlossen umsetzen.

340 Zum Erhalt und Ausbau der Bienenhaltung in Deutschland sind gemeinsame Bund-Länder-
341 Anstrengungen notwendig. Die Koalition wird das Deutsche Bienenmonitoring mit dem mehrjährigen
342 Untersuchungsprogramm weiterführen.

343 Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) wird um das Themenspektrum Nachhaltigkeit
344 erweitert.

345 **Pflanzenzucht**

346 Deutschland braucht eine leistungsfähige mittelständische Pflanzenzüchtung. Die Koalition wird des-
347 halb Innovation und Forschung im vorwettbewerblichen Bereich fördern.

348 Im Rahmen der Neuordnung des europäischen Saatgutrechts treten wir dafür ein, dass die Saatgut-
349 vielfalt garantiert wird, die Interessen des nicht kommerziellen Bereichs gewahrt werden und der
350 Zugang zu alten und regionalen Sorten nicht beschränkt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
351 es im Rahmen des Nachbaus keine weiteren Einschränkungen für Landwirte gibt.

352 **Gartenbau und Weinbau**

353 Die Koalition unterstützt den Gartenbau bei einer ressourcenschonenden und energieeffizienten
354 Wirtschaftsweise.

355 Um die Position der deutschen Winzer zu stärken, setzen wir uns auf EU-Ebene für den Schutz tradi-
356 tioneller Begriffe ein. Die Förderung des Steillagenbaus soll über die Fortführung des nationalen Stüt-
357 zungsprogramms für den Weinsektor fortgesetzt werden.

358 **Wald**

359 Die Bundesregierung wird die Umsetzung der Waldstrategie 2020 mit Nachdruck vorantreiben und
360 dabei verstärkt auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Länderspezifische Konzepte zur
361 Zielerreichung bleiben davon unberührt. Der Klein- und Kleinstprivatwald wird mit geeigneten Mit-
362 teln in die Entwicklung einbezogen.

363 Der Waldklimafonds wird dauerhaft und angemessen finanziell ausgestattet.

364 **Welternährung**

365 Für die Koalition ist das internationale Engagement für die Sicherung der Welternährung und für das
366 Recht auf Nahrung von zentraler Bedeutung. Deshalb wird sie als verlässlicher Partner in internatio-
367 nalen Organisationen fachlich mitwirken. Insbesondere wird die Zusammenarbeit des BMELV mit der
368 FAO weiter vertieft. Diesen Zielen dienen auch die Kooperationsprojekte des BMELV.